

**19. Wahlperiode**

**Schriftliche Anfrage**

**der Abgeordneten Tommy Tabor und Dr. Hugh Bronson (AfD)**

vom 8. Dezember 2025 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 20. Dezember 2025)

zum Thema:

**Charlottenburg-Wilmersdorf: Wahlberechtigte Unionsbürger im Bezirk  
(Europawahl 2024)**

und **Antwort** vom 7. Januar 2026 (Eingang beim Abgeordnetenhaus am 8. Januar 2026)

Herrn Abgeordneten Tommy Tabor (AfD) und  
Herrn Abgeordneten Dr. Hugh Bronson (AfD)

über  
die Präsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

über Senatskanzlei – G Sen –

Antwort  
auf die Schriftliche Anfrage Nr. 19/24 656  
vom 8. Dezember 2025  
über Charlottenburg-Wilmersdorf: Wahlberechtigte Unionsbürger im Bezirk (Europawahl 2024)

---

Im Namen des Senats von Berlin beantworte ich Ihre Schriftliche Anfrage wie folgt:

1. Wie viele Personen mit der Staatsangehörigkeit eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union lebten am 09.06.2024 im Bezirk?
2. Wie viele dieser Unionsbürger erfüllten zum 09.06.2024 grundsätzlich die rechtlichen Voraussetzungen, um an der Europawahl in Deutschland wahlberechtigt zu sein (z. B. Alter, Wohnsitzdauer, Staatsangehörigkeit)?
3. Wie viele dieser wahlberechtigten Unionsbürger waren am 09.06.2024 im Wählerverzeichnis des Bezirks eingetragen?
4. Wie viele dieser wahlberechtigten Unionsbürger waren nicht im Wählerverzeichnis eingetragen?
5. Wie viele Unionsbürger haben einen Antrag auf Eintragung in das Wählerverzeichnis gestellt (einmalig oder erneut)?
6. Wie viele Unionsbürger mussten keinen Antrag auf Eintragung stellen, weil sie bereits aufgrund einer früheren Wahl im Wählerverzeichnis geführt wurden?
7. Wie hoch ist der Anteil der im Wählerverzeichnis eingetragenen Unionsbürger in Prozent, bezogen auf die Gesamtzahl der wahlberechtigten Unionsbürger im Bezirk?
8. Wie hoch ist entsprechend der Anteil der nicht eingetragenen Unionsbürger in Prozent (bitte aufschlüsseln nach Herkunftsland)?

9. Wie viele wahlberechtigte Unionsbürger (sowohl eingetragen als auch nicht eingetragen) gab es jeweils nach Staatsangehörigkeit (z. B. Polen, Italien, Frankreich usw.)?
10. Wie verteilen sich die Eintragungen und Nicht-Eintragungen prozentual nach Staatsangehörigkeit?
11. Wie viele Unionsbürger waren bei der vorherigen Europawahl wahlberechtigt, eingetragen bzw. nicht eingetragen?
12. Wie hat sich die Zahl der eingetragenen und nicht eingetragenen Unionsbürger von 2019 bis 2024 verändert (bitte in absoluten Zahlen und Prozent)?

Zu 1. bis 12.:

Es wird auf die Ausführungen in der Antwort auf die Schriftliche Anfrage 19/24 650 verwiesen.

Bezüglich der Zusammensetzung von im Wählerverzeichnis eingetragenen Personen nach Nationalität eines anderen Mitgliedstaates der Europäischen Union sind im Übrigen für den Bezirk Charlottenburg-Wilmersdorf nachfolgende Daten und Entwicklungen zwischen den Wahlen 2019 und 2024 festzuhalten.

Staatsangehörigkeit	im Wählerverzeichnis eingetr. Personen mit nicht-deutscher EU- Staatsangehörigkeit (9. Juni 2024)	im Wählerverzeichnis eingetr. Personen mit nicht-deutscher EU- Staatsangehörigkeit (26. Mai 2019)	Veränderung / Entwicklung in % zwischen 2019 und 2024
Belgien	26	33	-21,2%
Bulgarien	34	43	-20,9%
Dänemark	48	64	-25,0%
Estland	6	5	20,0%
Finnland	36	38	-5,3%
Frankreich	308	315	-2,2%
Griechenland	102	121	-15,7%
Irland	51	51	-
Italien	305	272	12,1%
Kroatien	64	69	-7,2%
Lettland	8	15	-46,7%
Litauen	16	14	14,3%
Luxemburg	15	9	66,7%

Malta	1	1	-
Niederlande	157	139	12,9%
Österreich	256	280	-8,6%
Polen	223	262	-14,9%
Portugal	56	41	36,6%
Rumänien	33	36	-8,3%
Schweden	43	41	4,9%
Slowakei	11	9	22,2%
Slowenien	12	11	9,1%
Spanien	104	124	-16,1%
Tschechien	28	21	33,3%
Ungarn	31	33	-6,1%
<i>Vereinigtes Königreich*</i>	-	110	-
Zypern	4	2	100,0%
Gesamt	1.978	2.159	-8,4%

\* Austritt aus der Europäischen Union in 2019

Hinsichtlich der als Orientierungsgröße dienenden Angaben der versandten Informationsschreiben ist ergänzend festzuhalten, dass diese im Bezirk in 2024 1.538 Fälle und 2019 1.420 Fälle umfassten, die bereits von Amts wegen eingetragen wurden, und in 2024 22.633 Fälle und 2019 29.216 Fälle, in denen auf die Notwendigkeit eines fristgebundenen förmlichen Antrags auf Eintragung ins Wählerverzeichnis hingewiesen wurde.

Berlin, den 7. Januar 2026

In Vertretung

Christian Hochgrebe  
Senatsverwaltung für Inneres und Sport